

INTERPELLATION VON ANDREAS HÜRLIMANN UND ERWINA WINIGER  
BETREFFEND HALTUNG DES KANTONS ZUG ZU DEN AKW-PLÄNEN DER  
AXPO HOLDING AG

VOM 20. MÄRZ 2008

Die Kantonsratsmitglieder Erwina Winiger, Cham und Andreas Hürlimann, Steinhausen, haben am 20. März 2008 folgende **Interpellation** eingereicht:

Der Kanton Zug besitzt einen Anteil von 3,2 Millionen Franken am Aktienkapital der Axpo Holding AG, die vollumfänglich im Besitz der Nordostschweizer Kantone, beziehungsweise der Kantonswerke ist. Der Kanton Zug hat also als Aktionär mitzureden, wenn die Axpo ihre zukünftige Energiestrategie festlegt.

Die Axpo rechnet ab dem Jahre 2020 mit einer „Stromlücke“. Die Axpo will gemäss der internen Studie „Stromperspektiven 2020“ gemeinsam mit einem Partner ein neues Atomkraftwerk realisieren. Um diesen Plan bei den Aktionären abzusichern, hat die Axpo alle Kantonsregierungen zu einer Stellungnahme in der Atomfrage aufgefordert. Gemäss Tages-Anzeiger vom 26. Januar 2008 haben die Kantone Zürich und Thurgau ihre Stellungnahme bereits abgegeben, alle anderen Kantone noch nicht.

Wir richten deshalb folgende **Fragen** an den Regierungsrat:

1. Hat der Regierungsrat des Kantons Zug schon Stellung genommen zu den Atomplänen der Axpo?
2. Wie lautet die Antwort des Regierungsrates an die Axpo? Geht der Regierungsrat ebenfalls von einer „Stromlücke“ aus?
3. Ist der Regierungsrat bereit, diese Stellungnahme der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und damit eine Diskussion in der Bevölkerung und im Kantonsrat zu ermöglichen?
4. Für eine nachhaltige Energiepolitik gibt es die Option Kernenergie nicht, denn diese widerspricht dem Grundsatz einer nachhaltigen Entwicklung. Teilt der Regierungsrat diese Ansicht?

5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Energie-Strategie der Axpo, die für die Zukunft auch auf die Kernkraft setzt, obwohl die Endlager-Probleme in der Schweiz nicht gelöst sind? Weder für die hochradioaktiven Abfälle (lange andauernde Strahlung) noch für die mittel- und schwachradioaktiven Abfälle (grosse Volumen) besteht in der Schweiz ein Endlager, ja nicht einmal ein konkretes Projekt. Befürwortet der Regierungsrat trotzdem den Bau eines neuen Atomkraftwerkes in der Schweiz?
6. Die zwei letzten Atomkraftwerk-Pläne in der Schweiz (Graben im Kanton Bern und insbesondere Kaiseraugst im Kanton Aargau) scheiterten am Widerstand der Bevölkerung. Wie beurteilt der Regierungsrat den möglichen Widerstand gegen ein neues AKW? Ist der Regierungsrat willens, als Aktionär der Axpo darauf hinzuwirken, dass nicht nochmals Millionen Franken in nicht umsetzbare AKW-Pläne fehlinvestiert werden?
7. Wie gedenkt der Regierungsrat auf die Axpo Einfluss zu nehmen, damit Stromsparen und die Förderung erneuerbarer Energien oberste Priorität haben?
8. Wie sehen die energiepolitischen Vorstellungen des Kantons Zug im Bereich Stromsparen, der Energieeffizienz im Allgemeinen und der Förderung alternativer, erneuerbarer Energien aus?

Die Interpellantin und der Interpellant danken dem Regierungsrat für eine schriftliche Beantwortung der Fragen.

---